

# „Lassen uns nicht einschüchtern“: Statement der Glückstädter Politiker zur Gewalt im Wahlkampf

Von [Herbert Frauen](#) | 10.05.2024, 14:50 Uhr



Sie wollen ein Zeichen setzen gegen Gewalt und für Demokratie (v. l.): Ovid Westermann (CDU), Nicole Evers (SPD), Stefan Goronczy (FDP), Christine Berg (Grüne) und Jörn Gehrig (BFG). Foto: Herbert Frauen

In den vergangenen Wochen sind im Zuge des Europawahlkampfes bundesweit mehrere Politiker angegriffen worden. Das sagen die Glückstädter Kommunalpolitiker zu den Anfeindungen.

Viele Menschen haben nach den [gewalttätigen Angriffen auf Wahlkämpfer in den letzten Tagen](#) nicht nur betroffen, sondern auch mit Sorge um die Sicherheit reagiert. Auch die Kommunalpolitiker in Glückstadt lässt dieses Thema nicht unberührt. Auf Anregung von Christine Berg (Grüne) waren sich die anwesenden Kommunalpolitiker während der jüngsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses darüber einig, dass auch hier ein partei- und fraktionsübergreifender Schulterschluss gezeigt werden sollte.

Alle Fraktionen (CDU, BFG, SPD, Grüne und FDP) stimmten überein, dass die Demokratie unverhandelbar ist und gestärkt und geschützt werden muss. Alle wollen sich für eine kommunalpolitisch-demokratische Haltung einsetzen. Viele Glückstädter sind als kommunalpolitische Ehrenamtliche zurzeit im EU-Wahlkampf, plakatieren, stehen an Infoständen und sprechen mit Menschen. Das einhellige Statement der Fraktionen dazu:

„Rechtsextreme wollen verunsichern und einschüchtern, aber wir Glückstädter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden vor diesen Angriffen auf die Demokratie nicht zurückweichen. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Es gilt, den Rechtsextremismus zu stoppen und die Demokratie zu verteidigen.“  
Gemeinsame Erklärung aller Glückstädter Fraktionen

In der gemeinsamen Erklärung heißt es weiter: „Glückstadt hat sich historisch durch Vielfalt und Freiheit ausgezeichnet und lebt diese Werte noch immer. Hier hat jeder politische Extremismus, insbesondere der Rechtsextremismus, nichts zu suchen. Die Kommunalpolitik möchte ein Zeichen setzen und bittet in Geschlossenheit alle Mitmenschen, wählen zu gehen und die Demokratie so zu stärken.“